

10./XII. 1917

Wie können wir die Zukunft unserer Geldwirtschaft sichern?

Während auf allen anderen Gebieten unseres Wirtschaftslebens der menschliche Geist neue Bahnen eingeschlagen hat, stehen wir in einem der wichtigsten Zweige, in dem der Geldwirtschaft, noch immer auf dem uralten System des Zinsnehmens, das schon den Schöpfern der Bibel nicht ganz anständig erschien, so daß sie es höchlichst mißbilligten, von Stammesgenossen Zins zu nehmen, und dies bloß gegenüber Fremden zulässig fanden. Der Zins ist das Wahrzeichen unserer Zeit und das Wirtschaftsleben ist durch diesen zu einer furchtbaren Treitmühle geworden, in der sich mindestens 99 v. H. der Menschheit abrackert, um dem hundertsten, nein, kaum dem tausendsten Teil dieser ein übermäßiges Einkommen zu verschaffen. Nach diesem Kriege wird sich aber dieses Verhältnis ins ganz Unerträgliche steigern. Daher muß etwas geschehen, wenn die voraussichtlich eintretenden Zustände nicht zu einem Kulturumsturz führen sollen.

Unsere als „groß“ bezeichnete Zeit kennzeichnet sich durch ein solches Uebermaß der sich in ihr abspielenden Geschehnisse, daß wir in der Menschheitsgeschichte keine Ereignisse finden, die zu Vergleichlichen herangezogen werden könnten. Schon der Name „Weltkrieg“ bezeichnet die höchstmögliche Ausdehnung und Größe, die der Krieg auf unserem Planeten erfahren kann, und das selbe gilt von den auf beiden Seiten aufgebotenen Heeresmassen und überhaupt von allen seinen Begleiterscheinungen im guten und bösen Sinne. Aber auch die Kosten, die dieses ungeheure Ringen erfordert, lassen alles bisher Dagewesene weit hinter sich zurück. Schon heute sind beispielsweise zur Verzinsung der reichsdeutschen Kriegausgaben 3,5 Milliarden notwendig, das ist mehr, als die gesamten Ausgaben des Reiches vor dem Kriege betragen. Bei uns in Österreich machen die Zinsen der sieben Kriegausgaben, wenn wir die siebente mit 5 Milliarden annehmen, die Hälfte der gesamten Staatsausgaben vor dem Kriege aus. Wie werden wir das Geld aufbringen, um diese ungeheure Schuldenlast nur zu verzinsen, von einer Rückzahlung gar nicht zu reden? Und wo bleiben dann alle guten und schönen Vorätze für die nächste und fernere Friedenszeit? Woher wollen wir das Geld nehmen zur Versorgung der Hunderttausende invalider Krieger und der mindestens ebenso vielen Witwen und Waisen nach den Gefallenen? Woher das Geld, um dem zusammengebrochenen gewerblichen Mittelstande wieder aufzuhelfen? Um die auf Grund der Kriegserfahrungen notwendig erscheinende Vorratswirtschaft ein- und durchzuführen? Um die Verstaatlichung des Großhandels anzubahnen, den Kohlenbergbau zu verstaatlichen usw. usw.? — Alle diese Projekte werden ewig schöne Träume und unerfüllbare Wünsche bleiben müssen, da der unerbittliche Zinsendienst jegliche anderweitige Bewegungsfreiheit unmöglich machen wird.

Der vaterländisch gestimmte Staatsbürger hat, um dem Vaterlande in seiner augenblicklichen Kriegsnotlage zu helfen, nach und nach nicht nur sein gesamtes Bargeld hergegeben, sondern sich auch durch Belegenlassen der Kriegausgaben oder sonstigen Besitzes zur Abzahlung von Summen verpflichtet, an deren Ausbringung sich mindestens ein Lebensalter erschöpfen wird. Gemeinden, Fonds und Anstalten sahen sich zur Zeichnung von Summen veranlaßt, die das wirkliche Vermögen derselben oft um ein Mehrfaches übertreffen; ja, sogar die ärmlichen Sparpennige der Kinder wurden herangezogen und diese haben meist fünfmal so viel gezeichnet, als sie tatsächlich besaßen. Auch ich habe ohne Bargeld, ähnlich den Anleihezeichnungen der Schulkindern, nach und nach ein paar tausend Kronen gezeichnet mit dem guten Willen, dieses Geld im Laufe von Jahren allmählich zu ersparen.

Alle diese Ansinnen aber rinnten durch offene und verdeckte Kanäle mittelbar oder unmittelbar in die Taschen der Kriegsgewinner. Während Millionen der braven staatsstreuen Bevölkerung in Elend und Not versinken, wachsen aus den Reihen der Kriegsgewinner und — Kriegswucherer die Millionäre wie die Pilze nach einem Regen.

Wieder kommt der Staat und fordert Geld. Die siebente Kriegausgabe! Er muß es haben und wir werden es ihm geben, das ist keine Frage. Aber wie? Schon bei den früheren Kriegausgaben wurde den bargeldlosen Volkskreisen ein Weg gezeigt, wie man dem Staate Geld leihen kann, ohne es zu besitzen: Man nimmt das Geld bei einer Sparkasse oder Bank auf sein Haus oder seinen Grundbesitz auf und leiht es dem Staate und gewinnt dabei, wenn auch in Zukunft alles in allem, noch einhalb vom Hundert, denn die Bank leiht das Geld zu 5 v. H. und der Staat zahlt 5,5 v. H. Natürlich geschieht dies nur insoweit,

Beweis die „N. Z.“ vom 2. November: „Aber es gibt zum Glück noch höhere und dieses Höhere zwingt (!) uns, immer und immer wieder daran zu denken, was in diesem Wahnsinnskrieg zugrunde geht und darum rücksichtslos und taub gegen alle Einwände (!) der ewig Bedenklichen hinauszuschreien: Wir wollen Frieden, den Frieden um jeden Preis.“ Aber für das heiligste, so nahegelegene, daß ich mich nicht schon andere gehabt haben greifen konnte, daß ich nicht schon andere gehabt haben mögen, und ich zweifelte gerade deshalb an der Möglichkeit seiner Durchführung und ließ zwei oder drei Kriegausgaben noch vorübergehen. Da mir aber trotz vielfachen Nachdenkens bis heute kein Hindernis seiner Verwirklichung aufstieg, so wage ich doch mit ihm vor die Öffentlichkeit zu treten.

Ein Beispiel mag ihn klarstellen: Nehmen wir an, ich hätte ein Haus im Werte von 20.000 K. und ich möchte 10.000 K. Kriegausgaben zeichnen. Den hierfür bisher gangbaren Weg habe ich oben gezeigt. Nun erhob sich bei mir die Frage: Ist es nun möglich, daß ich das Geld erst bei einer Bank aufnehme, um es dann dem Staate zu leihen? Es ist doch gar kein hohes Geld, das ich bekomme und gebe; es ist doch nur Papier! Wenn der Bank mein Schuldschein genügt, um mir darauf ihr Geld zu leihen, warum könnte mir nicht auch der Staat mit der rechten Hand seine Papierschuldscheine reichen, um sie von mir mit der linken wieder anzunehmen? Und der Staat hat ein viel wesentlicheres Anliegen, mich, seinen Schuldner und zugleich Gläubiger, nicht zu schädigen und mich lebens- und steuerkräftig zu erhalten, als die Bank. Meine Verlustgefahr ist daher, wenn ich das Geschäft mit dem Staate unmittelbar mache, ein viel geringeres, ja verschwindend kleines. Nur wenn er selbst zugrunde geht, teilt er mich mit und dann — mag es sein! Wenn es selbstverständlich ist, daß ich Blut und Leben für ihn opfere, wenn es sein muß, dann mag es auch betreffen meines Besitzes sein.

Ich stelle mir die Sache folgendermaßen vor: Ich treffe mit dem Staate folgende Vereinbarung: Ich übergebe ihm einen auf mein Haus oder anderweitigen liegenden Besitz im Grundbuche eingetragenen Schuldschein auf 10.000 K. (durch sachverständige Schlichter als durchaus werthvoller bestätigt) und bin nun der Ansicht, daß letzterer auf Grund dieser ihm gegebenen Bürgschaft, die man als Pachtbrief bezeichnen könnte, den gleichen Wert in Noten auslegen kann; denn ein solcher mündelsicherer Schuld(schein) muß doch eine entschieden kreditwürdigere Grundlage zur Ausgabe neuer Noten bieten, als beispielsweise die börsenplatzmäßige Deckung von 47 K. für je 100 K. Kriegausgabe, welche Zeichnungsform allgemein als zulässig anerkannt ist und vielfach geübt wird.

Der Staat hingegen verpflichtet sich, nach vereinbarter bestimmter Frist die durch meinen Schuldschein gedeckten Noten wieder aus dem Verkehr zu ziehen und zu vernichten und mir den Schuldschein (vielleicht im Wege der Verlosung) zurückzustellen.

Da ich bei solchem Vorgange kein Geld gebe, so brauchte ich eigentlich vom Staate auch keinerlei Zinsleistung zu fordern. Bei dem bisherigen Vorgange — Vermittlung des Darlehens durch eine Bank — gewinnt aber der Anleihezeichner einhalb vom Hundert, und so könnte, um dadurch einen Anreiz zur Ausstellung solcher Pachtbriefe zu geben, der Staat

Salbitter

Ricker,

Heftenden Familien:

10. November 1917.

nachmittags 4 Uhr, in der Friedhofsgemeinde
und sodann im eigenen Grabe zu bestatten